

kapitalistischen Weltwirtschaft und die zwischenimperialistischen Widersprüche in Schach gehalten werden sollen. Eine wichtige Rolle dabei spielen der IWF, die Weltbank, WTO, die G7 bzw. G8. In diesen Institutionen geht es um die Durchsetzung der gemeinsamen Anliegen des internationalen Monopolkapitals.

Sie sind zugleich Ort scharfer Konkurrenz und des Aufeinanderprallens der gegensätzlichen Interessen von Transnationalen Konzernen, imperialistischen Staaten und Blöcken. Das Hauptelement dieses im Aufbau begriffenen ökonomisch-politisch-militärischen Machtapparates sind jedoch die Nationalstaaten, die in diesem Prozess einer tief greifenden Veränderung ihrer Rolle unterworfen werden.

Mit der Strategie des Neoliberalismus wird der Prozess der Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus beschleunigt.“ Auch wenn heute in Brüssel, durch den IWF oder durch die Weltbank Vorgaben für die Politik der einzelnen Staaten beschlossen werden: Nach wie vor werden auch solche Vorgaben im Rahmen von Nationalstaaten durchgesetzt. Aktuell gibt es dafür drastische Beispiele: So, wenn die Regierungen in Griechenland, Irland, Portugal usw. dem Druck der Europäischen Union bzw. internationaler Finanzinstitutionen nachgeben und Sozialstandards wie Löhne massiv absenken um Gelder aus sogenannten Rettungsfonds zu erhalten.

Kommunistinnen und Kommunisten: Pro oder contra bürgerlicher Demokratie?

Demokratie bedeutet übersetzt “Volksherrschaft”. Diese Herrschaftsform war im alten Griechenland gegenüber den Despoten der frühen Klassengesellschaft ein Fortschritt. Jedoch schon die ersten “Demokratien” verweigerten ihre Rechte zumindest Staatsfremden und vor allem Sklaven.

Auch in bürgerlichen “Demokratien” wurden in der Vergangenheit und werden auch heute Grundrechte der Menschen eingeschränkt oder beseitigt. Und auch “Demokratien” führten und führen Eroberungskriege.

Die Beantwortung der Frage, was an “Demokratie”, an bürgerlichen und sozialen Rechten sowie Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen, denn eigentlich durchgesetzt werden kann, hing schon immer von den realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und damit auch von entsprechenden gesellschaftlichen Gegenbewegungen ab.

Soziale und demokratische Verbesserungen wie die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, die formale Gleichstellung der Frau usw. konnten sowohl früher als auch in der kapitalistischen Gesellschaft heute – selbst in “Demokratien”, die bessere Kampfmöglichkeiten und mehr Rechte zur Gegenwehr boten und bieten – durch die Ausgebeuteten, Unterdrückten und Ausgegrenzten meist nur durch entschiedenen Widerstand und Kampf erreicht werden. Selten gab es durch die Herrschenden aufgrund des bestehenden Kräfteverhältnisses Zugeständnisse: So in Westeuropa und der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Herausforderungen der Systemkonkurrenz durch den Sozialismus nach 1945.

Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa und vor allem in der aktuellen Krise wurden – mit Hinweis auf marode Staatsfinanzen, wachsende Verschuldungen – im Interesse des Großkapitals und der Banken viele soziale und demokratische Errungenschaften wieder oder weiter massiv eingeschränkt und abgebaut. In dem Beschluss des 19. Parteitages der DKP “Politische Resolution” wird auf die aktuelle Situation und reaktionäre Entwicklungen aufmerksam gemacht:

“Neben dem Kampf um soziale Rechte erhält in dieser Situation damit der Kampf für Demokratie

und Frieden eine besondere Bedeutung ...” Einschätzungen, die davon ausgehen, dass im Land gegenwärtig bereits die letzten Reste der bürgerlichen Demokratie beseitigt werden, sind jedoch falsch. Dies erinnert – zumindest entfernt – an Fehler der KPD bei der Einschätzung der letzten Jahre der Weimarer Republik. Solche Einschätzungen legen heute zudem die Folgerung nahe, breite Gegenwehr gegen die weitere Einschränkung demokratischer und sozialer Rechte wäre nicht mehr möglich.



“Demokratie” in der Klassengesellschaft eröffnet nach wie vor Freiräume für politischen Widerstand, ist aber immer gefährdet.

Bereits Marx und Engels erachteten den Kampf für politische Rechte als wichtig, obwohl er nicht alle Ungleichheiten der Gesellschaft beseitigen konnte. Sie lehnte einerseits die falsche Verwendung der aus der Französischen Revolution von 1789 hervorgegangenen Parolen ab, aber hörten niemals auf, demokratische Rechte zu verteidigen. (vgl. Hermann Klenner, UZ, 14. 1. 2011, S. 15, vgl. Josef Schleifstein, *Marxismus und Staat*) Sie traten zugleich sehr kritisch gegenüber Leuten in der Arbeiterbewegung auf, die demokratische Rechte unter kapitalistischen Bedingungen gering schätzten.

Engels z. B. kritisierte in seiner Arbeit “Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei” die Lassalleaner in der deutschen Sozialdemokratie, die Bismarck gegen die deutschen Liberalen unterstützen wollten. Bismarck, betonte Engels, werde die Pressefreiheit und die Versammlungsfreiheit auslöschen, ohne die keine Arbeiterbewegung möglich sei. Diese Freiheiten und Rechte aber geben dem Proletariat die Waffen in die Hand “deren es zu seinem endlichen Siege bedarf.” (MEW, Bd. 16, S. 76) Und er betonte auch, dass sich die Arbeiterklasse ohne diese Freiheiten nicht selbst frei bewegen kann, “sie kämpft ... für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atmen nötig hat.” (Ebenda, S. 77) Auch Lenin kann man Illusionen über die bürgerliche Demokratie gewiss nicht vorwerfen. Seine Schriften zum Staatsproblem zeigen dies deutlich genug. Aber auch er warnte vor der Missachtung bürgerlicher Demokratie.

In diesem Zusammenhang sei beispielsweise auf Lenins Kritik am linken Radikalismus verwiesen. Auch dort werden Fragen der Demokratie – wohlgemerkt: der bürgerlichen – angesprochen und proletarische Positionsbestimmungen vorgeschlagen. Mit der Oktoberrevolution, mit der Räterepublik war ein völlig neuer Staatstypus entstanden, der den bürgerlichen Staatstypus im historischen Sinne überholte. Darauf stützten sich die linken Radikalen, um ihre Nichtbeteiligung an Wahlen zum bürgerlichen Parlament zu begründen.

Inmitten des damaligen Revolutionszyklus schrieb Lenin jenen, die in den jungen kommunistischen und Arbeiterparteien linkssektiererische Positionen vertraten, unter anderem ins Stammbuch: Es kommt in der Politik – und für uns beginnt Politik da, wo Massen einbezogen werden nicht darauf an, was vor dem Richterstuhl der Geschichte überholt sein mag, sondern was in den Augen der Massen überholt ist.

Und Wahlen sowie bürgerlicher Parlamentarismus sind in den Augen der Massen nicht überholt. Darum bricht, wer sich an solchen Wahlen nicht beteiligt, die Brücken zu den Massen ab. (Vgl. LW, Bd. 31) Nicht selten wurden auch später in der Geschichte gerade unserer Bewegung die Möglichkeiten bürgerlicher Demokratie missachtet. Oder deren Möglichkeiten wurden illusionär verabsolutiert, die Grenzen der bürgerlichen Demokratie sowie ihr Klassencharakter missachtet (Eurokommunismus, Gorbatschow u. a.).

Auch wenn wir gerade auch heute mit Recht “auf die Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie, auf ihre durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse gesetzten Schranken” hinweisen, bleibt der gewaltige zivilisatorische Fortschritt gegenüber vorangegangenen Herrschaftsformen. Und im

Vergleich zur faschistischen Diktatur.

Deshalb kann es für Kommunistinnen und Kommunisten – anknüpfend an Marx, an Engels Lenin, an Luxemburg usw. – “nicht darum gehen, die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie in Bausch und Bogen einfach über Bord zu werfen. Vielmehr geht es um deren dialektische Aufhebung in einer höheren Form der Demokratie. Diese hat ihre materielle Grundlage in den sozialistischen Eigentumsverhältnissen, die es ermöglichen, aus formal gleichen Rechten wirklich gleiche Rechte zu machen.

Die Formen und Instrumente, die die bürgerliche Demokratie hervorgebracht hat, alternative Wahlen, Menschenrechte, Gewaltenteilung, können und müssen auf der neuen materiellen Grundlage erhalten und bereichert werden, so z. B. dadurch, dass die politischen durch die sozialen Menschenrechte ergänzt und abgesichert werden.” (*Willi Gerns auf dem Hearing der Programmkommission der DKP, 17. April 2004*) In unserer Partei wurde und wird versucht, aus Erfahrungen und Fehlern unserer Bewegung auch in der Demokratie-Frage und im Zusammenhang mit dem Kampf um demokratische und soziale Rechte unter den Bedingungen der Kapitalherrschaft zu lernen. In programmatischen Dokumenten der DKP wird hervorgehoben:

Es sind heute wie in früheren Zeiten die führenden Kräfte des Monopolkapitals und ihre politischen Vertreter, die aus Furcht vor den sozialen und demokratischen Bestrebungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen den Abbau und die Aushöhlung der Demokratie betrieben hat. Dagegen muss der Kampf verstärkt, muss eine breite Gegenwehr organisiert werden.

Es war immer die Arbeiterbewegung, die die bürgerlichen Rechte und Freiheiten gegen die Bourgeoisie verteidigte. Der Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie und ihre durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse gesetzten Schranken werden auch heute von uns Kommunisten hervorgehoben wie die Notwendigkeit, die Verhältnisse grundlegend zu ändern.

Es ist jedoch heute zuallererst unsere Aufgabe, diesen Kampf – um die “Luft zum Atmen” (Engels) – unter den gegenwärtigen Bedingungen mit zu initiieren und mit zu organisieren und dafür die Massen zu gewinnen, denn: “Eine von den Grenzen und Schranken der Kapitalherrschaft befreite Demokratie kann nicht erkämpft werden, wenn dieser Kampf nicht bereits unter kapitalistischen Bedingungen begonnen und entfaltet wird.” (*Josef Schleifstein, Marxismus und Staat, S. 136*)

Zusammengestellt von
Nina Hager



Begriff: Staatsmonopolistische Regulierung

Der Staat greift als politisches Machtorgan mit ökonomischen und außerökonomischen Mitteln in den kapitalistischen Wirtschaftsprozess ein, der ohne diese Eingriffe nicht mehr funktionieren kann. Dabei richtet sich die ökonomische Tätigkeit des Staates auf alle Phasen des Reproduktionsprozesses, von der Produktion bis zur Konsumtion, von der Finanzierung der Forschung bis zur Realisierung der Produkte. Im Unterschied zu früher ist diese Tätigkeit permanent und orientiert sich nicht allein an kurzfristigen ökonomischen Prozessen, sondern mehr und mehr an mittel- und langfristigen Profitinteressen des Großkapitals.

Der Staat selbst unterliegt nicht dem Zwang der Kapitalverwertung; er kann Kapital mobilisieren und es den Unternehmen, vornehmlich den Großen unter ihnen, in verschiedenen Formen zur Verwertung überlassen. Letztlich handelt es sich also um eine mit staatlichem Zwang durchgesetzte Umverteilung von Einkommen zugunsten der Monopole.